

Aus Zeit und Streit

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **14 (1934-1935)**

Heft 11

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

die Unzufriedenheit bei den Eingeborenen. Die arabischen Intellektuellen wollen für sich und ihre Volksgenossen die gleichen Bürgerrechte haben wie die Juden, die als französische Bürger anerkannt sind. Die bisherigen Methoden, mit Hilfe von Notabeln die Massen der Eingeborenen zu bändigen, versagen. Die Auswirkung der freien Getreidepreise ist unübersehbar — mag auch die Unzufriedenheit in der Landbevölkerung bisher nicht so gefährlich sein, weil sie reiche Bauern, die auf den Verkauf angewiesen sind, erfasst und die Masse der Kleinbauern von ihr noch nicht ergriffen zu sein scheint, die noch vom alten Mißtrauen gegen Reiche und Reaktionäre beseelt sind. Die Zugkraft der Freimaurerei, die das Rückgrat der III. Republik bildete, ist erschüttert. Sie ist völlig dekadent, es fehlt ihr jede Größe, aller über einen engen Bezirk reichende politische Wille; sie wirkt nur noch als eine Interessentengruppe älterer Herren, die ihre Posten und ihren Kulisseneinfluß nicht verlieren wollen. Aber noch fehlen auch die neuen frischen Kräfte, die an Stelle der völlig verbrauchten älteren Politikergeneration treten und eine neue Ordnung schaffen können. In dieser Zwischenzeit ist Flandin noch der beste Typus, ein Mann des Parlamentes zwar, aber doch keiner bestimmten Clique angehörend, ein Realist, wenn auch vielleicht mit etwas zu wenig Blick für massenpsychologische Momente. Wird es ihm gelingen, den Zusammenbruch eines Systems aufzuhalten und die notwendige innerpolitische Beruhigungspause für länger zu erzwingen, die es erlaubt, den unvermeidlichen Staatsumbau, die Stärkung der Regierungsautorität unter Beibehaltung traditioneller Freiheiten, durchzuführen? Oder werden außenpolitische Stürme von der Innenpolitik in Frankreich ablenken? Nur die Zeit kann diese Frage beantworten.

Spectator.

PS. Noch ist es gut gegangen. Léon Blum muß weiter intrigieren, insgeheim vielleicht froh, daß es in dieser schwierigen Situation nicht zu einer Kabinettskrise gekommen ist, die leicht zu einer Regimetreife hätte werden können. Flandin hat ein imposantes Vertrauensvotum erhalten — mit 444 gegen 124 Stimmen —, aber damit ist nichts Wesentliches geändert. Denn wer weiß, wie lange eine der launischsten Diven, die Kammermajorität, gut gestimmt bleibt, d. h. fürchtet, daß Nervenkrisen ihr selber am gefährlichsten werden können? Das „vielleicht“ schwebt weiter über dem Kabinette Flandins. . . Die Unruhe in der französischen Politik ist nur momentan zurückgedrängt; denn ihre Ursachen sind nicht wirklich beseitigt.

Aus Zeit und Streit

Karl Barth. / Eine Entgegnung.

Wir geben im Folgenden einer Einsendung Raum, welche durch den letzten Aufsatz von „Nemo“ über Karl Barth (Januarheft 1935, S. 529/30) veranlaßt ist. Es stand zu erwarten, daß jener Aufsatz angesichts der großen Verehrung, die der bedeutende Theologe genießt, nicht unerwidert bleiben werde. Ohne nun im Besonderen zu der Diskussion heute Stellung zu nehmen, möchten wir uns immerhin die Bemerkung nicht versagen, daß das Problem Barth heute keineswegs nur von theologischen bzw. kulturellen Gesichtspunkten zu betrachten ist, ihm vielmehr im letzten Grunde ein stark politisches Moment innewohnt, durch das Barth, auch wenn er von Hause aus kein „Politiker“ ist, der Anlaß zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung über Probleme von Kirche und Staatspolitik werden muß.

Schriftleitung.

Wir dürfen wohl annehmen, daß mit uns mancher Leser zunächst Mühe hatte, den Zweck des erwähnten „Karl Barth“ überschriebenen Artikels herauszufinden.

Es hätte doch wohl näher gelegen, daß sich der Verfasser vorgenommen hätte, unter der Überschrift „Karl Barth“ den Leser irgendwie auf die theologischen Anliegen Karl Barths und sein Werk hinzuweisen. Gilt doch Karl Barth in evangelischen Landen als mit einer der bedeutendsten Theologen der Gegenwart. Statt dessen bekennnt uns der Verfasser, daß er „nun zwar nicht viel von Herrn Barths Theologie weiß“. Schade! Wie fein, wenn uns in den „Monatsheften“ nicht unter dem Gesichtspunkt der „Politischen Rundschau“, sondern vielmehr dem Gesichtspunkt der Christenheit, des Evangeliums und damit nicht zuletzt auch der Kultur über die Anliegen und die Bedeutung von Karl Barth berichtet worden wäre. Karl Barth ist zweifellos kein Politiker. Es ist daher verfehlt, seinen Namen schlechtthin über einen Artikel politischer Rundschau zu setzen.

Um sich mit Karl Barth oder irgend einer Persönlichkeit auseinander zu setzen, wäre doch unerlässlich, sich mit seinem Werk, im speziellen Falle also seiner Theologie und theologischen Lehrtätigkeit auf das intensivste vertraut gemacht zu haben. Nur so kann man ihm gerecht werden. Sehr geeignet wären hierzu zum Beispiel die in einer Schriftenreihe unter dem Titel „Theologische Existenz heute“ (Christian Kaiser Verlag, München, bis heute herausgekommen Heft 1 bis 18) erschienenen Aufsätze gewesen, von denen der Großteil von Karl Barth selber oder von seinen Gesinnungsgenossen, worunter sein Mitherausgeber Eduard Thurnehsen, geschrieben sind. Statt dessen begnügt sich der Verfasser damit, auf die von Karl Barth in seiner Theologie hingewiesene Bedeutung der Erbsünde einerseits und der göttlichen Gnade anderseits hinzuweisen, wobei es sich in Wirklichkeit gar nicht etwa um eine Lehre Barths, sondern um elementare Grundsätze des neuen Testaments handelt, wie sie schon in den Anfängen der Reformation im Mittelpunkt der Religionsgespräche standen (vgl. etwa Ranke, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation, Phaidon Verlag, neueste Ausgabe, S. 847/48, wo über die Religionsgespräche zu Regensburg berichtet wird).

Es wird dann im Zusammenhang mit Barths ursprünglicher Verweigerung der vorbehaltlosen Leistung des Beamteneids gegenüber seiner deutschen Behörde die Meinung bekundet, es sei eine Selbstverständlichkeit, daß das göttliche Gebot aller staatlichen Bindung vorgehe und dies zu bekennen, sei nicht frei von Wichtigtuerei. Gerade dieses Urteil ist ungerecht. Daß dies zu bekennen z. B. gerade in der Schweiz sehr notwendig sein kann, und es um diese Selbstverständlichkeit doch nicht so klar bestellt ist, wurde in den „Schweizer Monatsheften“ vor ein paar Jahren in geradezu vorbildlicher Klarheit und Objektivität nachgewiesen, und zwar in dem Aufsatz von Eduard Blocher in Heft 5/6, 10. Jahrgang, August/September 1930, wo auf S. 238 bis 245 unter der Überschrift: Wehrwille und Wehrfähigkeit „Bemerkungen zum religiös begründeten Antimilitarismus“ ausgeführt werden. Wir denken insbesondere an folgende Sätze, wo im Zusammenhang mit der Frage der Beurteilung unserer Beweggründe bemerkt wird:

„Von dem, was ein an das Sittengesetz gebundenes Bewußtsein ist, scheinen unsere Zeitungsschreiber keine Ahnung zu haben. Selten begegnet man einer gerechten, d. h. auf die Gründe der Kriegsgegner eintretenden Widerlegung; diese müssen dabei in der Überzeugung bestärkt werden, daß sie die Vertreter des christlichen Gewissens seien und mitten in einer gottfeindlichen Welt als die eigentlichen, wenn nicht gar einzigen Vorkämpfer des heiligen Willens Gottes auf ihrem Posten stehen. Das hat freilich seinen Grund darin, daß allerdings unsere Zeitungen betrüblicherweise mit nicht sehr zahlreichen Ausnahmen von Leuten geschrieben werden, die in der Welt des Glaubens Fremdlinge sind. Und das ist mit ein Grund, weshalb es unsereinem schwer wird, in diesen Fragen das Wort zu ergreifen: wir möchten nicht als Kampfgenossen von Leuten auftreten, die für Forderungen der christlichen Sittenlehre nichts übrig haben. Die christliche Lehre prüft und mißt mit ewigen Maß-

stäben, auch unsern Rechtsstaat, unsere Verfassung, unsern Patriotismus. Die Auffassung, daß wir Pfarrer dazu angestellt seien, dem Staat eine Stütze zu sein (auf dem Thron oder der Demokratie), ist unrichtig auch da, wo der Staat dem Pfarrer das Gehalt auszahlt, denn er ist hier nur Verwalter eines Kirchenguts, das er in Verwahrung genommen hat und dessen Zinsen er der Kirche schuldet. Wir haben unsern Auftrag von Gott, nicht vom Staat, und haben Christen zu erziehen, nicht staatsfromme Bürger."

Wir zitieren diesen geradezu vorbildlichen Aufsatz Pfarrer Blochers nicht etwa seines speziellen Gegenstandes wegen, der mit Karl Barth nichts zu tun hat — Karl Barth ist vielmehr aus innerster Überzeugung Anhänger der schweizerischen Landesverteidigung —, sondern um zu beweisen, wie nötig es einem eben so beglaubigten Theologen als Patrioten wie Pfarrer Blocher erschien, darüber seinen Mitbürgern den Star zu stechen, daß der Normalbürger von einem an das Sittengesetz gebundenen Bewußtsein keine Ahnung hat, ein solches also durchaus nicht selbstverständlich ist, und daß auch der patriotische Pfarrer und Theologe, selbst wenn er vom Staat besoldet wird, in Gottes Namen in seinem Berufe nicht dazu da ist, dem Staat eine Stütze zu sein, und daß schließlich die christliche Lehre mit ewigen Maßstäben auch unsern Rechtsstaat, unsere Verfassung, unsern Patriotismus zu prüfen hat.

Man vergleiche mit diesen Bemerkungen etwa folgende Stellen eines Aufsatzes von Hermann Raschke über „Meister Eckhart der Deutsche“, erschienen in den „Nationalsozialistischen Monatsheften“, zentrale, politische und kulturelle Zeitschrift der N. S. D. A. P., München, Verlag Frz. Eher Nachf. G. m. H., Heft 47, Februar 1934, S. 129 u. ff.:

S. 130: „Wenn auch, was selbstverständlich ist, jedes Volk seinen besonderen Charakter, auch in seinem Glaubensleben zum Ausdruck bringt, so braucht doch nicht jedes Volk als geschichtliche Einheit so in Anspruch genommen zu sein, daß es auch als solche sich vor die Glaubensfrage gestellt fühlt, also eine Antwort braucht auf die Frage nach dem Wozu, nach dem absoluten Wert seines geschichtlichen Bestehens. Nicht nur der Mensch, nicht nur der deutsche Mensch als einzelner, das deutsche Wesen selbst, das Deutsche überhaupt ist in Frage gestellt, und darauf kann nur eine Antwort aus den Wesenstiefen eben des Deutschen als einer besonderen Wesensgestalt und Wesensform erfolgen. Darum hängt die Glaubensfrage unlösbar mit der Daseinsfrage unseres Volkes zusammen. Das Politische ist hier zugleich ein Metapolitisches, das Physische der geschichtlichen Ebene ist hier auch ein Metaphysisches des Übergeschichtlichen, des Überzeitlichen, ja des Ewigen selbst. Es ist ein kindlicher Irrtum, zu wähnen, daß hier mit einigen kleinen Mittelchen geholfen sei, mit ein wenig mehr oder weniger Kirche oder Bekenntnis oder Bibel oder strengem oder freiem Glauben. Die uns gestellte Frage ist völlig neu und einzig. Ein Volk als Volk soll Antwort geben auf die Frage um Sein oder Nichtsein im letzten Sinne. . . Die in der deutschen Glaubensgeschichte Reher und Zweifler Genannten waren oft zugleich die Gestalter der deutschen Seele auf den Tag des Schicksals, den Tag der bewußt werdenden deutschen Glaubensfrage und deutschen Glaubensantwort. Und es geht ums Ganze! Wir können nicht wieder uns zufrieden geben mit einer etwa nur den evangelischen Volksteil befriedigenden Lösung. Sie muß so tief dringen und so weit um sich greifen, daß die ernstesten Sucher aus allen deutschen Glaubenslagern aus freier Seele zustimmen können. Hier darf nicht lutherisch und reformiert, nicht römisch und deutsch gläubig für sich gelten, sondern die große Glaubensversöhnung allein kann die Rettung bringen. Und es muß gelingen, weil es sich um Sein oder Nichtsein handelt. Das aber ist wiederum nur mög-

lich, wenn es uns glückt, einen Standort zu gewinnen, der nicht ausweichend, neutral, nichts sagend zwischen den gegenwärtigen Lagern liegt, sondern der diese alle überhöht und sie organisch versöhnend als dienende Beiträge in sich aufnimmt. Die zerstreut herumliegenden Ansätze im Raum des gegenwärtigen deutschen Glaubenslebens müssen zu einem Gliedbau mit höherer Zielsetzung zusammengefügt werden, so daß alle unbewußt drängenden Glaubensbedürfnisse der deutschen Seele zur Befriedigung kommen. . .“

Welch himmelweiter Unterschied zwischen der in den „Schweizer Monatsheften“ erschienenen Auffassung Pfarrer Blochers, wo bei allem Verständnis für die Belange des Staates dem völlig unabhängigen Maßstab des Christen und speziell des Pfarrers und Theologen das Wort geredet wird, gegenüber der Auffassung in den „Nationalsozialistischen Monatsheften“, wo die Frage der Politik mit derjenigen des Glaubens und die Belange der Politik geradezu mit dem Ewigen identifiziert werden, wo die Lager der Gläubigen geradezu als Diener eines politisch diktierten Glaubensstandorts postuliert werden. Angesichts solcher Gegensätze in der Auffassung von den Belangen des Staates und des christlichen Glaubens kann doch im Ernst von einer Selbstverständlichkeit des Vorbehalts, daß das göttliche Gebot aller staatlichen Bindung vorgehe, nicht gesprochen werden.

Der anonyme Einsender wirft Barth vor, in seinem Verhalten liege ein Verhandeln von Macht zu Macht, er hätte es auf den einzelnen Fall ankommen lassen sollen, eine solche Haltung könne sich keine Verwaltung bieten lassen. Es liegt uns fern, uns in innere deutsche Verwaltungsmaßnahmen und Auffassungen einzumischen. Wir kennen die Akten des erwähnten Verwaltungsentscheides nicht, ebenso wenig wie Nemo. Worum es uns geht, ist nicht etwa eine Kritik der deutschen Verwaltung, sondern wir wenden uns dagegen, daß in diesem Zusammenhang in den „Schweizer Monatsheften“ gegen unsern Schweizer Landsmann Karl Barth in allgemeinen unverbindlichen Wendungen Stimmung gemacht wird. Was uns zugänglich ist, sind die Schriften und Werke Barths. Wer auch nur einen Blick in eine solche wirft, muß merken, daß Karl Barth jegliche Wichtigtuerei fern liegt, daß es ihm nicht darum zu tun ist, für sich zu sprechen, sondern daß er hiezu innerlich gezwungen ist, für Christus Bekenntnis und Zeugnis abzulegen. Jedem unbefangenen Leser wird dann klar, daß Barth nicht als Beamter, sondern als Theologe und Christ den ihm zugeschobenen Beamteneid ursprünglich nur unter einer Einschränkung leisten wollte. Allerdings hielten schon im Altertum die Politiker und Beamten diese Art von Bekenntnis und Zeugnis für wichtigtuerei oder albern. Will der Verfasser des anonymen Artikels in diesem Sinne Stellung nehmen, so möge er sich offen gegen das Christentum und sein Bekenntnis wenden, aber nicht die Persönlichkeit Karl Barth in ein schiefes Licht stellen. Sicher falsch ist die Vermutung Nemos, Barth habe die deutsche Regierung vor ein Bekenntnis stellen wollen, nein Barth war dazu getrieben, in der Form seines Vorbehalts Bekenntnis abzulegen.

Um nun eine Anknüpfung gegen Barth zu konstruieren, wird erwähnt, daß Barth einmal Mitglied der sozialdemokratischen Partei gewesen sei, was kein Professor in der Schweiz wagen dürfte: „der könnte etwas erleben in der bürgerlich-kapitalistischen Presse“. Bei diesem Satz erhebt sich Nemo geradezu zum Beschützer schweizerischer Sozialisten, denen wegen ihrer sozialistischen Parteizugehörigkeit ein Amt versagt worden wäre, als ob in der Schweiz nicht je und je Sozialisten in Lehramt, Schule und Gericht Eingang gefunden hätten, und zwar mitunter ganz erstklassige Leute, nicht weil sie Sozialisten waren, sondern weil sie für das Amt individuell geeignet waren. Aber wie dem auch sei, jedenfalls hat die einstige Mitgliedschaft Karl Barths bei der sozialdemokratischen Partei mit seinem evangelischen Bekenntnis nichts zu tun. In Hest 12 der zitierten Schriftenreihe „Theologische Existenz“, S. 20/21, nimmt Barth in einem a. a. O. abgedruckten

Vortrag zu dem Verhältnis der Kirche, zur Not des Menschenlebens Stellung und erwähnt in diesem Zusammenhang:

„Ich bin ehemals religiöser Sozialist gewesen. Und ich bin davon abgekommen, weil ich zu sehen glaubte, daß da die Not des Menschen und die Hilfe für ihn nicht so ernst und nicht so tief verstanden werden, wie sie die hl. Schrift versteht. . .“

Allein dieser Satz genügt, um zu zeigen, daß Barth nie ein marxistischer Sozialist war. Mit Ragoz hatte er nie etwas zu tun. Es gibt eben auch andere Entwicklungen und geistige Strukturen, die weniger primitiv und schematisch sind, als dies Nemo voraussetzt. Bei der Denkweise Nemos müßte z. B. auch Mussolini als der widerspruchsvollste Mensch gelten, weil er als Sohn sozialistischer Eltern und selbst einstiger Sozialist heute als nationales Vorbild eine Großmacht führt.

Wenn Karl Barth wegen seiner einstigen Mitgliedschaft bei der sozialdemokratischen Partei seines Amtes in Deutschland enthoben sein sollte — wir wissen es ja nicht —, so ist dies eine innerdeutsche Angelegenheit. Aber es ist in unsern Augen ein Unrecht, wenn in diesem Zusammenhang in einer schweizerischen Zeitschrift unter der Überschrift „Karl Barth“ gegen diesen Angriffe, die übrigens jeglicher sachlichen Begründung entbehren, erhoben werden.

Am Schlusse seines Artikels schreibt dann Nemo von „unseren politischen Spaßvögeln“ und meint damit einen Teil unserer politischen Presse, die den deutschen Kirchenkonflikt, mit welchem ja für jeden Unbefangenen der deutsche Fall Barth im engsten Zusammenhang steht, mit ihrer antinationalsozialistischen Gesinnung in Verbindung bringt, und jene vielen religiös Indifferenten, die sich nun plötzlich scheinbar um die Kirche interessieren, während es ihnen ja in Wirklichkeit gar nicht darum zu tun ist, sondern um die Auslösung ihrer Haßgefühle gegen das Dritte Reich. Aber gerade mit solchen Leuten hat Barth nicht das geringste zu tun. Wenn sich der Verfasser gegen solche wendet, dann gut. Aber zu diesem Zwecke die Persönlichkeit Karl Barth zur Diskussion zu stellen, bedeutet für uns, die wir Karl Barth, wenn auch nur als vollkommener theologischer Laie, mit größtem innern Gewinn aus seinen Schriften kennen lernen durften, eine unritterliche Verunglimpfung eines großen Schweizer und bedeutenden Theologen.

Conrad Geizer.

Die Beeinflussung unserer Presse.

Korrespondenzbüro und Pressedienste.

Zahllos sind die Versuche des Auslandes, auf unsere Zeitungen Einfluß zu gewinnen durch die Zustellung von mehr oder weniger stark gefärbten Nachrichten und Artikeln in der Form von Pressediensten. Wir erleben heute wieder einen groß angelegten Kampf des Auslandes um die öffentliche Meinung der Schweiz, wie er ungefähr von der Art während des Krieges schon einmal geherrscht haben muß. Auch das ist ein Symptom für die hochgespannten Gegensätze in Europa, diese Beeinflussungsversuche der Neutralen. Wer in einer Redaktion sitzt, kann ein Lied erzählen von der ungeheuren Papierflut, die tagtäglich zu bewältigen ist, nur schon an einer kleinen Tageszeitung. Es soll hier nicht die Rede sein von all dem schweizerischen Papier, das neben den Depeschen der Agenturen einherläuft, sondern nur vom ausländischen Papier verschiedenster Färbung, das zum Teil noch kostenlos und unverlangt zugestellt wird.

Man kann diese verschiedenen Pressedienste einteilen in offene und versteckte. Zu den offenen seien jene gezählt, die schon im Namen offen zeigen, wos Geistes Kind sie sind. Man weiß, was man vor sich hat und wie das Material gegebenen Falles einzuschätzen ist. Zu diesen offenen Pressediensten gehört zum Beispiel der „Dienst aus Deutschland“, der in Berlin erscheint und „Mitteilungen und

Stimmen aus dem Reich" vermittelt. Mit gezeichneten und ungezeichneten politischen Artikeln berichtet er über deutsche innen- und außenpolitische Angelegenheiten, und mit Feuilleton-Artikeln dient er deutscher Kulturpropaganda. Seine einzelnen umfangreichen und interessanten Lieferungen erscheinen nun im zweiten Jahrgang dreimal in der Woche.

Über ungarische Außenpolitik orientiert ein Pressedienst, der von einem ungarischen Völkerbundsjournalisten in Genf herausgegeben wird. Im Vordergrund stehen Mitteilungen über die Revisionsbewegung in Ungarn und über das Los der ungarischen Minderheiten in den übrigen Nachfolgestaaten der Donaumonarchie. Dieser ungarische Pressedienst vermittelt selbst Bücher und Broschüren an die Redaktionen. Dem gleichen Zwecke dienen zwei Zeitungen, „Nouvelles Danubiennes“ und „Donaufurier“, beides Ausgaben des „Pesti Hirlap“ in Budapest, die zu Propagandazwecken an die Zeitungen geschickt werden.

Die macedonische Freiheitsbewegung propagiert ihre Ideen ebenfalls durch die Zustellung einer Zeitung „La Macédoine“, die zum Teil auch Artikel in deutscher Sprache enthält, und für „La Macédoine aux Macédoniens“ kämpft.

Zu den offenen Pressediensten ist noch die Paneuropa-Korrespondenz zu zählen, der offizielle Pressedienst der Paneuropa-Union, der vom Zentralbüro in der Wiener Hofburg herausgegeben wird und die Ideen R. N. Coudenhove-Kalergis vertritt. Daneben gibt auch die Sektion Schweiz der Paneuropa-Union in Zürich einen eigenen Pressedienst heraus.

Der Bekämpfung des Bolschewismus dient das Bulletin Politique E. J. A., herausgegeben von der Entente Internationale contre la IIIe Internationale in Genf.

In Lausanne erscheint eine Correspondance Nordique, auch in deutscher Sprache, „die den Zeitungen von Westeuropa Informationen über das Leben der nordischen Länder und über ihre Stellung zu den großen internationalen Fragen übermitteln“ will. Hervorragende Persönlichkeiten Dänemarks, Estlands, Finnlands, Norwegens und Schwedens stehen dem Unternehmen zu Gebatte.

Zu den versteckten Pressediensten möchte ich jene zählen, die irgend einen harmlosen Namen tragen, dabei aber ganz bestimmte Tendenzen verfolgen, die oft leicht ersichtlich sind, oft aber nur schwer entdeckt werden können. Zu ihnen gehört der F. B. Pressedienst, Mitteleuropäische Korrespondenz, des Schweizer Journalisten Franz Burri, der bis Mitte letzten Jahres in Wien ansässig war und von dort über Österreich, die Ost- und Balkanstaaten berichtete. Burri nahm gegenüber der Diktatur Dollfuß eine oppositionelle Stellung ein und wurde dann ausgewiesen. Jetzt gibt er in Luzern den JPA-Pressedienst heraus, der im Sinne der nationalen Opposition die Regierung Schuschnigg, die Fascisierung Österreichs und die wachsende Einflußnahme Italiens bekämpft. Burri scheint über die tatsächlichen Verhältnisse in Österreich gut orientiert zu sein. Vor Weihnachten mußte er beispielsweise Einzelheiten über ein geheimes Militärabkommen zwischen Österreich und Italien zu berichten.

Weniger durchsichtig sind die Tendenzen der Mitteleuropäische Korrespondenz (Miko), die ebenfalls in Wien erschien und Nachrichten aus allen Donaufstaaten und Balkanstaaten mitteilte.

In Straßburg wird eine „Europäische Presse-Korrespondenz“ herausgegeben, die regelmäßig in deutscher Sprache erscheint und in einer eigenen Druckerei hergestellt wird. Trotz des harmlosen europäischen Namens ist diese Korrespondenz sehr einseitig, vertritt einzig die Interessen Frankreichs und treibt französische Kulturpropaganda. Nach der Saarabstimmung behauptete diese Korrespondenz, Frankreich hätte während 14 Jahren in der Saar eine fast völlige Indifferenz an den Tag gelegt! Als seinerzeit in Saarbrücken das Haus der Landes-

leitung der Deutschen Front polizeilich durchsucht und einige Dokumente beschlagnahmt wurden, da war die Europäische Presse-Korrespondenz halb in der Lage, jenes Schreiben zu veröffentlichen, in dem von der Ausbildung der Saarländer für den „Saarkampf“ in den deutschen Arbeitsdienst die Rede war, wobei man unter Saarkampf selbstverständlich einen bewaffneten Kampf verstehen wollte. Die Publikation dieses polizeilich beschlagnahmten Dokumentes läßt vermuten, die Europäische Presse-Korrespondenz stehe in Beziehung mit der offiziellen Propaganda des Quai d'Orsay, die ihrerseits von der Regierungskommission den Inhalt des Dokumentes erfahren haben dürfte.

Sehr vielseitig ist die *AFP*, *Agence télégraphique de la Presse*, die in Paris täglich erscheint in einer französischen, einer deutschen und einer englischen Ausgabe, aber auch noch in zwanzig anderen Sprachen geliefert werden kann. Sie preist sich an als „französisches Unternehmen, das von allen politischen und wirtschaftlichen Einflüssen unabhängig ist“, und also eine Art weißer Rabe unter den französischen Presseunternehmen darstellen würde, — wenn das stimmt. Anfangs Dezember brachte die *AFP* u. a. einen Artikel „Russisch-französisches Militärbündnis?“, ein Interview mit dem Abgeordneten Léon Archimbaud, dem Vize-Präsidenten des parlamentarischen Finanzausschusses und Berichterstatter für den Heeres-Etat.

Einem ebenfalls in Paris täglich erscheinenden Pressedienst *Mitropress*, der auch in deutscher Sprache herausgegeben wird, scheinen linksradikale Tendenzen innewohnen, schrieb doch einmal der Herausgeber in einem Artikel über den französischen Faschismus von einer „demagogischen Diktatur des Generalstabes, der Großfinanz und der Schwerindustrie“. Wie die vorher erwähnte *AFP*, hat auch *Mitp* neben politischen Artikeln sehr viele unpolitische Nachrichten und Feuilletons, offenbar deshalb, damit mit dem einen auch das andere leichter Eingang finde in den Zeitungen.

Französische Interessen verfechten auch *gi, genève informations*, die zweimal im Monat in Genf erscheinen und auch Photographien liefern, aber nicht einmal einen zeichnenden Herausgeber nennen.

Ebenfalls auf dem für solche Zwecke idealen Genfer Gelände erscheint neuestens *Fischer's Presse-Dienst — F-P-D —*, der „einen wöchentlichen Querschnitt durch die Tätigkeit des Völkerbundes und des internationalen Arbeitsamtes“ bieten, „die Arbeiten der beiden internationalen Institutionen lückenlos analysieren und im Geiste der demokratischen Überlieferungen unseres Landes kommentieren“ will. Bezeichnend für diesen „demokratischen“ Pressedienst aus der Genfer Perspektive ist beispielsweise ein Artikel über die „Ditjaar“, das Memelproblem. Die wahren Orgien des Naziterrors im Memelgebiet werden hervorgehoben, während die fortwährenden Verletzungen des Memelstatuts abgetan werden mit der bagatellisierenden Bemerkung: „Das Statut des Memelgebietes mußte sich einige Verletzungen gefallen lassen, um einen Handstreich der Braunhemden zu verunmöglichen“, und mit der Beurteilung dieser Verletzungen als unvermeidliche Maßnahmen. Selbst ein Artikel über das Saarproblem, das nun in den letzten Monaten wahrlich gründlich genug behandelt worden ist, weist sachliche Unrichtigkeiten auf, die bezeichnend sind für die Qualität von *F-P-D*. Auch bei diesem schweizerisch sein wollenden Pressedienst leidet die Objektivität unter der vorherrschenden antinationalsozialistischen Einstellung.

Eine in Basel von Hermann Aepli und Erwin Groß herausgegebene Europa-Korrespondenz „*Continentalpress*“ ist ein ausgesprochen antifaschistisches Unternehmen vorwiegend gegen den Nationalsozialismus gerichtet. Zu den Mitarbeitern gehört u. a. der bekannte deutsche Pazifist Hellmuth von Gerlach.

Die hier erfolgte Aufzählung ist bei weitem nicht erschöpfend. Es gibt daneben noch verschiedene unpolitische Pressedienste, wohl auch noch weitere politische,

die mir entgangen sind. Aber schon aus der obigen Aufzählung dürfte zur Genüge ersichtlich sein, wie sehr man von allen Seiten versucht, auf unsere schweizerische Presse Einfluß zu nehmen. Von dem vielen Material bleibt immer das eine oder andere hängen, und mit dem Feuilleton oder der Kurzgeschichte rutschen ab und zu wohl auch ein politischer Artikel oder eine Information politischer Natur in eine Zeitung hinein, ohne daß sich die Redaktion recht bewußt gewesen wäre, aus welcher Küche das Material stammt. Am gefährlichsten sind in dieser Hinsicht die verdeckten Pressedienste, bei denen man oft nur durch gründliche Durchsicht des ganzen Dienstes der versteckten Tendenz auf die Spur kommt. Aber nicht minder gefährlich als diese privaten Unternehmungen, von denen man in den seltensten Fällen weiß, wer dahinter steht und wer das Geld dazu gibt, sind die offiziellen ausländischen Nachrichtenagenturen. Von den amtlichen Nachrichtenstellen Deutschlands und Österreichs weiß man, daß sie nur im Regierungssinne schreiben und bewahrt ihnen gegenüber deshalb eine gewisse Reserve. Für die Havas-Meldungen glaubt man, auf solche Reserve verzichten zu können, und muß dann plötzlich entdecken, daß gerade wieder in der Saarfrage oft haarsträubende „Havas“-Meldungen erschienen.

Havas.

Mit der Bezeichnung „Havas“ bedachten unsere Grenzbesetzungssoldaten Gerüchte zweifelhafter Art, unglaubwürdige Nachrichten und Falschmeldungen. „Das isch e=andere Havas gsi, daß mer im Dezember hei chömid,“ hieß es im Bataillon 98, und „Bringsch wieder en Havas!“ — „Verzapf de Havas!“ hörte man im Bataillon 69. Im Bataillon 64 bezeichnete man mit „Havas“ einen Füsilier, der immer unglaubwürdige Nachrichten brachte. Der Spitzname wird auch von Studenten- und Mittelschulverbindungen als Cerevis verliehen für Mitglieder, die gerne den Mund voll nehmen und überall übertreiben, sodaß man bei all ihren Ausfagen die Hälfte abstreichen muß. Im Bataillon 25 sagte man solchen Leuten „Havasbrueder“, und besonders geläufig unter unsern Grenzbesetzungssoldaten waren Ausdrücke wie „Havaschnauze, Havasschnurre, Havasgosche“¹⁾.

Es wäre eine dankbare Aufgabe, an Hand der Kriegsnachrichten der französischen Nachrichtenagentur „Havas“ den Ursprung solcher Redensarten aufzudecken und nachzuweisen, inwiefern das allgemeine Mißtrauen in Havas-Nachrichten während des Weltkrieges begründet lag. Wahrscheinlich haben auch andere Nachrichtenagenturen nicht ausschließlich hundertprozentige Nachrichten verbreitet, aber die Unwahrscheinlichkeit und Unglaubwürdigkeit der Havasnachrichten muß doch bedeutend größer gewesen sein, als die anderer Agenturen. Man kann das leicht verstehen, wenn man heute den Havasnachrichten ein wenig auf den Zahn fühlt und sie vergleicht mit den Nachrichten anderer Agenturen. Ich greife im Folgenden nur drei Beispiele aus jüngster Zeit willkürlich heraus.

I. Das erste Beispiel betrifft den Saarbrückener Polizeiputsch vom 15. Januar dieses Jahres:

a) Havas (Schweizerische Depeschenagentur). Berlin (!), 15. Januar.

Die Agentur Havas gibt folgende Darstellung über den Zwischenfall, der sich am Dienstagmorgen in der städtischen Polizei von Saarbrücken zugetragen hatte:

„Ein saarländischer Polizeioffizier nationalsozialistischer Richtung hatte auf eigene Faust mehrere Polizeibeamte, die er verdächtigte, der Einheitsfront anzugehören, entwaffnen lassen, worauf ein Teil der Truppe die Kaserne verließ. Der Zwischenfall konnte von der Direktion der Polizei jedoch rasch beigelegt werden, ohne daß die Zivilbehörden einschreiten mußten.“

¹⁾ Dr. Hanns Bächtold-Stäubli, Die schweizerische Soldatensprache 1914—1918. Basel 1922.

Einige Subalternbeamte sollen sich gegenwärtig in Haft befinden. Die Behauptungen einer gewissen Presse, es hätte sich um einen Putschversuch gehandelt, seien aber vollständig ungerechtfertigt."

b) Havas (Schweizerische Depeschenagentur). Saarbrücken, 15. Januar.

„Im Laufe der Nacht ereignete sich in einer Kaserne der Stadtpolizei ein Zwischenfall zwischen Leuten für den Status quo und andern als Anhängern der Deutschen Front. Durch sofortiges Einschreiten der Behörden wurde der Streitfall unverzüglich beigelegt, der keine weiteren Folgen hat. So verhält es sich mit diesem Zwischenfall trotz der übertriebenen Gerüchte, die auf der Wartburg und im Ausland verbreitet wurden.“

c) Deutsches Nachrichtenbüro (Schweizerische Depeschenagentur), 15. Januar.

„Im Laufe des Montagabend wurde der saarländischen Polizeibehörde bekannt, daß ein von Nachts angeworbenes Sonderkommando von 120 Mann, das in der Ulanenkaserne untergebracht ist, einen Putsch plane. Führer des Putsches war der Hauptwachmeister Grumbach und zwei weitere emigrierte Polizeibeamte, die flüchteten, als die Behörde in der Kaserne eingriff. Die Waffen des Sonderkommandos wurden sichergestellt, die Beamten vernommen. Wie verlautet, hatte das separatistische Polizeikommando die Absicht, im Laufe der Nacht die Macht an sich zu reißen. Im Zusammenhang mit diesem Vorfall steht ein Aufruf der Einheitsfront vom Montag-Vormittag, in welchem zur Bildung eines sog. Ordnerdienstes der Einheitsfront aufgefordert wurde.“

d) Schweizerischer Preßtelegraph. Saarbrücken, 15. Januar.

„Während die Bevölkerung . . . schläft . . ., ereignete sich am Montag von elf Uhr abends an in diesem Völkerbundsstaat so etwas wie die Niederschlagung eines Revolteversuchs. Der Polizeiverwaltung war die sichere Kunde davon geworden, daß Polizeiorgane unter Führung des Emigrantenkommissars Nachts einen Putschversuch beabsichtigen würden. Der Chef der Polizei, Hennessy, griff rasch zu und setzt die Leute in einer Kaserne in Schußhaft. . .“

Ein Vergleich der verschiedenen Meldungen, die später noch ergänzt wurden durch die Nachrichten von der Verhaftung gewisser Polizeibeamter und von der Flucht Nachts, zeigt die auffallende Tendenz der Havasnachrichten, den Zwischenfall auf das Verschulden eines nationalsozialistischen Polizeioffiziers zurückzuführen (a) und ihn als ziemlich harmlose Bagatelle darzustellen (a und b), während tatsächlich irgend ein Handstreich der Emigrantenpolizisten geplant gewesen sein mußte. Der englische Polizeikommandant im Saargebiet, Hennessy, erhebt sogar gegen den französischen Direktor des Innern und Mitglied der Regierungskommission, Heimbürger, den Vorwurf, in einen Putsch verwickelt gewesen zu sein, was sich zweifellos auf diesen Polizeiputsch vom 15. Januar bezieht. Diese Haltung von Havas bei diesem Polizeiputsch ist übrigens nur ein kleiner Ausschnitt aus der Haltung in der Saarfrage überhaupt, die natürlich ausgesprochen gegen die Deutsche Front und für die marxistische Einheitsfront gerichtet war.

II. Das zweite Beispiel betrifft die Wiedergabe eines Artikels des früheren britischen Schatzkanzlers Lord Snowden im „Sunday Dispatch“.

a) Havas (Schweizerische Depeschenagentur). London, 28. Januar.

„Der frühere Schatzkanzler Viscount Snowden veröffentlicht im ‚Sunday Dispatch‘ unter der Überschrift ‚Wir müssen rüsten‘ einen Artikel, in dem er die Abrüstungspolitik als eine Heuchelei bezeichnet.“

Snowden führt u. a. aus: „Die drei Jahre dauernde Abrüstungskonferenz hat nur eines bewiesen, nämlich, daß die Mächte nicht abrüsten wollen. Dies ist auch der Fall bei allen Konventionen, die seit dem Kriege abgeschlossen wurden. Der Kelloggpaß ist nur ein Fegen Papier, und die zahlreichen re-

gionalen Pakte haben nur den Zweck von Militärbündnissen für ein Zusammengehen der Unterzeichner im Kriegsfall. Europa ist ein Nest von politischen Intrigen, Eifersüchteleien, Befürchtungen und Haß. In einer solchen Atmosphäre wäre es Wahnsinn, auf eine Abrüstung oder eine Herabsetzung der Verteidigungskräfte eines Landes zu rechnen."

b) Schweizerischer Preßtelegraph. London, 27. Januar.

„In einem Leitartikel im ‚Sunday Dispatch‘ wendet sich der ehemalige Schatzkanzler Lord Snowden gegen die Abrüstungsverhandlungen an sich, die, wie er betont, selbst, wenn sie zu einer Verständigung führen sollten, unter den gegenwärtigen Umständen weder den Völkern das Gefühl erhöhter Sicherheit geben, noch die Gefahr eines neuen Krieges abwenden könnten. Um diese Gefahr abzuwenden, müßten die Ursachen, die zu einem neuen Krieg führen würden, beseitigt werden. Solange Nationen unter Ungerechtigkeiten leiden, die ihnen von anderen Nationen aufgezwungen worden sind, werde immer die Gefahr eines Krieges bestehen. Wenn diese Ungerechtigkeiten aber einmal beseitigt seien, könnten die Nationen in Frieden und Freundschaft leben. Dann werde das internationale Vertrauen und die Sicherheit aus leeren Worten zu Tatsachen werden. Eine wirkliche Abrüstung rücke damit in den Bereich der Möglichkeiten.“

Havas bringt aus dem Artikel nur diejenigen Stellen, die gegen eine Herabsetzung der Rüstungen unter den jetzigen Umständen sprechen, trotz der darin enthaltenen Kritik an den Mächten, die nicht abrüsten wollen. Hauptsache ist Havas, daß neuerdings die Unmöglichkeit einer Abrüstung betont werde. Die übrigen weit bedeutungsvolleren Auslassungen über die Revision der Verträge werden von Havas glatt unterschlagen, weil sie eben nicht in die antirevisionistische Tendenz der französischen Diplomatie passen.

III. Das dritte Beispiel endlich betrifft Unruhen in Französisch-Nordafrika zu Beginn dieses Monats.

a) Havas (Schweizerische Depeschenagentur). Paris, 3. Februar.

„Der Innenminister veröffentlicht nachstehende Mitteilung: Am Freitag-Abend gegen 20 Uhr ereignete sich in einem Bordell in Sétif ein Zusammenstoß. Ein europäischer Polizist, der sich durch betrunkene und bewaffnete Eingeborene bedroht fühlte, gab in der Notwehr mehrere Revolverschüsse ab, durch die ein Eingeborener getötet wurde. Da die Eingeborenen glaubten, es handle sich um einen Religionsstreit, zogen sie nach dem Polizeiposten, wo sie allerschand Gewalttätigkeiten begingen. Eine kleine Abteilung algerischer Schützen stellte dann die Ordnung wieder her. Ein Polizist und ein Schütze wurden getötet, während einige andere verletzt wurden. Nach den letzten Meldungen ist die Ruhe wieder zurückgekehrt.“

b) Schweizerischer Preßtelegraph. Paris, 2. Februar.

„Blutige Unruhen haben sich in der vergangenen Nacht in der nordafrikanischen Stadt Sétif (etwa 130 Km. westlich von Constantine) abgespielt. In einem berühmten Stadtteil brachen am Freitag-Abend Streitigkeiten zwischen Eingeborenen und betrunkenen Kolonialsoldaten aus, in deren Verlauf ein Soldat von den zur Wiederherstellung der Ordnung herbeigeeilten Polizeibeamten in Notwehr erschossen wurde. Dies war das Signal zu einem allgemeinen Angriff der Eingeborenenbevölkerung und der Kolonialsoldaten auf die Polizei. Die Beamten mußten sich vor der Übermacht der Angreifer in die Polizeiwache zurückziehen. Die Wache wurde jedoch von den Eingeborenen und den Soldaten gestürmt. Drei Polizisten fielen der erregten Menge in die Hände und wurden von ihr durch Messerstiche und Revolverschüsse niedergemetzelt. Mehrere Offiziere des ersten Schützenregiments und ein hoher

Polizeioffizier, die einzuschreiten versuchten, mußten vor der Volkswut die Flucht ergreifen. Die Menge, unter die sich mittlerweile immer mehr Eingeborenenoldaten gemischt hatten, zog darauf durch die Straßen der Stadt, zertrümmerte die Fensterscheiben der jüdischen Geschäfte und zerstörte die Einrichtungen mehrerer israelitischer Cafés. Erst als ein starkes Aufgebot von Truppen, Gendarmerie und Polizei eingesetzt wurde, konnte die Ruhe wieder hergestellt werden. Die Zahl der Opfer steht noch nicht fest. Mehrere Rädelsführer der Meuterer wurden verhaftet."

c) Schweizerischer Preßtelegraph. Paris, 7. Februar.

„Wie aus Sétif gemeldet wird, ist im Anschluß an die jüngsten Unruhen, in deren Verlauf zwei Personen getötet und fünf schwer verletzt wurden, unter den Eingeborenen, die sich zum großen Teil den Meuterern angeschlossen hatten, eine Untersuchung durchgeführt worden. 16 Unteroffiziere und Soldaten wurden verhaftet.“

Auch hier zeigt sich wieder in der Havasmeldung, die sich beschränkt auf die Mitteilung des amtlichen Berichtes des Innenministers, die Tendenz, Dinge, die der französischen Regierung unangenehm sind, zu bagatellisieren oder überhaupt zu unterschlagen. So ist im amtlichen Havasbericht kein Wort zu finden über die Meuterei der Eingeborenenoldaten!

* * *

In allen drei Beispielen zeigt sich nun Havas nicht in seiner eigentlichen Rolle mit Übertreibungen, sondern im Gegenteil mit der Tendenz, die Bedeutung der Ereignisse herabzusetzen, sofern sie für Frankreich ungünstig sind, oder gewisse Dinge überhaupt dem Publikum glatt vorzuenthalten. Beiden Arbeitsarten von Havas ist aber gemeinsam, daß die Meldungen stark tendenziös gefärbt sind und jeder Objektivität entbehren. Im Falle des Polizeiputsches von Saarbrücken war die Schweizerische Depeschenagentur nicht auf Havas allein angewiesen, sondern erhielt auch Meldungen aus anderer Quelle, sodaß in diesem Falle beide Darstellungen auch in der Schweizerischen Depeschenagentur zur Geltung kamen. In den beiden andern Fällen aber wie überhaupt fast in allen Fällen kann die Schweizerische Depeschenagentur nur die einseitig gefärbte Havasmeldung bringen, sodaß dann diese einseitigen Darstellungen auch in einen großen Teil der schweizerischen Blätter gelangen. Das ist umso bedauerlicher, als die Schweizerische Depeschenagentur 1895 gerade auch deshalb von den schweizerischen Zeitungen gegründet wurde, um „die zunehmende Beeinflussung der schweizerischen Öffentlichkeit durch ausländische Nachrichtenagenturen aufzuhalten, resp. zu beseitigen“²⁾. Statt daß nun wie früher diese ausländischen Agenturen die Zeitungen direkt beliefern, geschieht dies heute auf dem Umweg durch die Depeschenagentur, die mit den großen ausländischen Agenturen verbunden ist, insbesondere mit Havas, sodaß nach wie vor unsere Presse in weitem Maße abhängig ist von diesen ausländischen Nachrichtenbüros. Wenn heute die schweizerische Öffentlichkeit und die Mehrzahl der Zeitungen in außenpolitischen Fragen ganz einseitig eingestellt sind, so trägt daran die Agentur Havas einen beträchtlichen Teil der Schuld.

²⁾ Dr. R. Lüdi, Die schweizerische Depeschenagentur. Oktober 1934.

Gottfried Zeugin.

Versöhnlicher Schluß.

Es ist kein Scherz, sondern Tatsache, daß:

„Paris Soir“ schreibt:

LES CHAMPIONNATS DU MONDE à DAVOS. Davos, 19 Janvier 1935 (par téléph.)
En relevant ce matin les rideaux de leurs compartiments de sleeping, les hommes de l'équipe de France eurent comme un éblouissement. Au soleil brillait

une neige immaculée, une neige de conte de fée, piquée ici et là de ces petites maisons montagnardes aux toits battant de l'aile. Le Wallenstadt dressait à l'horizon sa masse imposante. Le train continue sa course. On longe le lac de Zurich que domine le Töti puis celui de Thoune et le Kurfusten apparut, première cime de cette chaîne des Grisons qui annonçait la vallée de l'Engadine d'où, après avoir passée à Landquart on s'éleva par le funiculaire à crémaillère vers Davos.

„D daß dem Menschen nichts Vollkommenes wird . . .“

Sp.

Bücher Rundschau

Schweizerische Selbstbesinnung.

Max Huber, Grundlagen nationaler Erneuerung: Vom Wesen und Sinn des schweizerischen Staates. Evangelium und nationale Bewegung. Verlag Schulthess & Co., Zürich.

Gonzague de Reynold, Die Schweiz im Kampf um ihre Existenz. Vita Nova Verlag, Luzern.

Es ist bezeichnend für die Situation unseres Vaterlandes, daß die grundsätzliche Besinnung über seine Zukunft zusehends an Boden gewinnt. Das war noch jedesmal der Fall, wenn die politische oder die geistige Weltlage den Sinn unseres 650 jährigen Staatsgebäudes in Frage stellte. Wir sprechen in solchen Fällen von Systemkrisen. Daß wir heute abermals in einer solchen stehen, wer wollte das bestreiten? Und wenn im Augenblick auch der Totalrevisionssturm wieder verebbt ist, so sind doch die Fragen von europäischem Ausmaß: Liberalismus und Sozialismus, Autorität und Freiheit, Demokratie und Führertum einmal gestellt und innerhalb wie hinter allen politischen Einzelproblemen wirksam.

Im allgemeinen liebt der Schweizer grundsätzliche Besinnung nicht besonders, weil er immer befürchtet, daß daraus blutleere Programmatik werde, die der Welt der Tatsachen nicht standhält. Aber das ist nicht ihr Sinn. Sie hat es vielmehr stets zu tun mit den großen geistigen Gesetzen, denen die Wirklichkeit des Gemeinwesens entspricht oder denen sie widerspricht, und hat es zu tun mit der großen Lebenslinie unseres Volkes und Staates, wie sie sich in der Geschichte ausdrückt und Auskunft gibt über Eigentümlichkeiten des politischen Organismus, die nicht verletzt werden dürfen, ohne daß das Ganze Schaden nimmt.

Jede ehrliche Besinnung ist getragen von den Grundkräften, die heute um die Form des Vaterlandes ringen. Von hier aus gesehen sind zwei kürzlich erschienene Schriften von Bedeutung. Es handelt sich um die Drucklegung der beiden Vorträge von Max Huber, „Vom Wesen und Sinn des schweizerischen Staates“, gehalten am 19. Februar 1934 in der Aula der Universität Zürich, und „Evangelium und nationale Bewegung“, gehalten am 14. März 1934 an der christlichen Studentenkonferenz in Aarau, sowie um eine Schrift von Gonzague de Reynold, „Die Schweiz im Kampf um ihre Existenz“.

In beiden Fällen handelt es sich um Äußerungen konservativen Geistes, ohne daß sie sich in ihren letzten Begründungen deckten. Beide sind im engeren Sinn Äußerungen christlichen Geistes; insofern richten sie sich an einem letzten Beziehungspunkt aus. Beide glauben nur an eine Politik, die sich an der Geschichte und an der Wirklichkeit des Volkes orientiert. Beide sehen — darin einander ähnlich — den „mittelalterlichen Stil“ des schweizerischen Staatsbaues, beide berühren sich weitgehend in ihrer Grundauffassung vom Wesen der Schweiz, das für sie untrennbar mit der kommunalen Freiheit und der föderativen Struktur verknüpft ist und in seiner Tendenz Verschiedenheiten von Kultur, Rasse, Sprache zu überwinden, seit jeher universalistische Züge trägt. Beide gelangen zur Überzeugung, daß es für uns nur dann eine Lösung aus der Krise gibt, wenn unser Volk sich wieder auf seine eigentliche Aufgabe besinnt. Beide sind endlich von gemeinsamer Sorge getrieben, und zwar nicht